

**Humanitäre Krise im Südsudan;
Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für
Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den
Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)**

Vortrag

an den

Ministerrat

Der ölreiche Südsudan ist ein von schweren Konflikten geprägtes Land. Massive Spannungen innerhalb der Regierungspartei führten 2013 zum Ausbruch bewaffneter Kämpfe zwischen der Regierungsarmee und der sich bildenden bewaffneten Opposition, aber auch anderen bewaffneten Gruppen. Die Kämpfe wurden vor allem gegen Zivilisten mit großer Brutalität geführt. Mitte 2015 wurde – vermittelt durch regionale und internationale Diplomatie - ein Friedensabkommen unterzeichnet, seine Umsetzung steht aber noch aus. Auch die jüngsten Friedensgespräche sind daran gescheitert, den Bürgerkrieg im Südsudan zu beenden.

Aufgrund der geographischen Lage sowie der jahrzehntelangen Kriege gehört das Land zu den ärmsten der Erde. Auf dem Index der menschlichen Entwicklung („human development index“) nimmt der Südsudan unter den 188 aufgelisteten Staaten Rang 181 ein. Die Müttersterblichkeit ist eine der höchsten weltweit. Die humanitäre Situation ist alarmierend. Die Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen hat im Südsudan zu einer weiteren Verschärfung der humanitären Notsituation geführt. Infolge von schlechter Ernte im November 2017, die wegen Regenausfällen zu 50 Prozent zerstört wurde, und der internen Konflikte sind zwei Drittel der Bevölkerung derzeit vom Hunger bedroht. Gemäß Angaben der Vereinten Nationen handelt es sich um eine der schlimmsten humanitären Katastrophen nicht nur in Afrika, sondern weltweit.

Laut Bericht des humanitären Büros der Europäischen Kommission (ECHO) sind rund 1,8 Millionen Personen im Südsudan intern vertrieben, wobei 60% der intern Vertriebenen Kinder sind, sehr viele davon völlig von externer Hilfe abhängig. An die 2,5 Millionen Flüchtlinge befinden sich in Nachbarländern. 7 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe. Gemäß Angaben des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) befinden sich 5,4 Millionen Menschen in akuter Nahrungsmittelunsicherheit und sind auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Eine hohe Anzahl von Kindern im Südsudan ist gemäß Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) akut unterernährt.

Ein Großteil der Bevölkerung lebt von der vor allem kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die Produktivität ist niedrig, es fehlt auch in produktiveren Regionen an Straßen, was die Vermarktung der Erzeugnisse sehr erschwert. Durch den Krieg wurde die Landwirtschaft

zerstört, die Menschen haben ihr Vieh und ihre Ackergeräte verloren. Weitverbreitete Kämpfe, Vertreibung, schlechter Zugang zu medizinischer Versorgung und unzureichende sanitäre Einrichtungen und Wasserversorgung verschlimmern die Unterernährung. Die seit Juli 2016 zunehmende Gewalt ließ die Nahrungsmittelproduktion auch in zuvor noch stabilen Regionen einbrechen. Auch die Bevölkerung in den Städten leidet unter den stark angestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel.

Der Hilfsaufruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) für den Südsudan beläuft sich auf 129 Millionen CHF. In Zusammenarbeit mit der lokalen Rotkreuzgesellschaft soll die betroffene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Haushaltsutensilien versorgt und der Zugang zu Trinkwasser sichergestellt werden. Darüber hinaus sollen Familien mit der Bereitstellung von Saatgut und landwirtschaftlichen Geräten sowie mit Fischereigeräten bei der Selbsthilfe unterstützt werden. Die Strukturen zur medizinischen Erst- und Notversorgung werden gestärkt.

OCHA hat für 2018 einen Finanzierungsauftrag („Funding Proposal“) in Höhe von 9,9 Millionen USD herausgegeben. OCHA ist mit der Koordinierung der humanitären Hilfe befasst, um eine möglichst effektive Abwicklung zu gewährleisten. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit von OCHA bildet die Gewährleistung eines sicheren Zugangs der betroffenen Bevölkerung zu humanitären Leistungen (z.B. durch Monitoring und Berichtstätigkeit; Verhandlungen mit Konfliktparteien). OCHA ist mit einem Hauptbüro in Juba sowie 8 Außenstellen in Yei (Central Equatoria), Torit (Eastern Equatoria), Yambio (Western Equatoria), Aweil (Northern Bahr el Ghazal), Wau (Western Bahr el Ghazal), Bor (Jonglei), Malakal (Upper Nile) und Bentiu (Unity) im Südsudan vertreten.

Österreich sollte im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der besorgniserregenden Situation im Südsudan die humanitären Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft unterstützen. Zudem soll ein Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Stabilisierung der Krisenregion und damit zur Bekämpfung der Ursachen für Flucht und Migration geleistet werden.

Als österreichischer Beitrag ist ein Betrag von insgesamt 1 Million Euro aus Mitteln des Auslandskatastrophenfonds vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz 500.000,- Euro und dem Amt für die

Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) 500.000,- Euro für Hilfsaktivitäten im Südsudan zur Verfügung zu stellen.

Wien, am 5. November 2018
KNEISSL